

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

DE

Wenn Hirsche zu Löwen werden . . .

## Hirsch-Duncker-Leute für Einheitsfront

### Sie fordern Sozialisierung!

Auf der Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins Hirsch-Duncker, Abteilung Bergarbeiter Duisburg-Beeck, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 6. Januar 1932 tagende Generalversammlung des Ortsvereins Beeck vom Gewerkschaftsverein Hirsch-Duncker protestiert mit aller Schärfe gegen die Zerteilung an der „Eisernen Front“. Hierin sehen die Mitglieder nur einen

Versuch zur Restaurierung des total versagenden Kapitalismus, zur Tolerierung der Notverordnungs- politik der halbfaschistischen Regierung Brüning, die alle Lasten der durch das Versagen des Kapitalismus heraufbeschworenen Krise der arbeitenden Bevölkerung aufhalsen will.

Demgegenüber fordern wir den allerschärfsten Kampf mit den Organisationen und Parteien, die dieses fluchwürdige Staats- und Wirtschaftssystem stürzen wollen und an dessen Stelle das sozialistische System der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit setzen wollen.

Nur die Einheitsfront der klassenbewußten Arbeiterschaft kann uns vor dem vollständigen Untergang retten.

Wir fordern weiter sofortige Einleitung von gewerkschaftlichen Massena-ktionen mit dem Ziele der Beseitigung der faschistischen Notverordnung, sofortige Einführung der 30stündigen Arbeitswoche unter völligem Lohnausgleich und Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, sofortige Wiederherstellung des Tarifrechts und volle Wiederherstellung der Arbeitslosenversicherung und Rückführung der Ausgesteuerten.

Sollten Gewerkschaftsführer diese Resolution nicht vertreten können, so mögen sie zurücktreten und die Führung solchen Kollegen überlassen, die mit der Not der Massen besser vertraut sind.“

Die Empörung, die heute die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands durchschüttelt, könnte nicht besser zur Darstellung kommen als durch diese Resolution. Bisher gehorsame, bürgerliche Gewerkschafter beginnen, ihre Klassenlage zu erkennen und rufen zum Sturz des kapitalistischen Systems und zur Aufrichtung des Sozialismus auf. „Eiserne Front“? Nicht einmal diese Parole der freien Gewerkschaften und Sozialdemokraten vermag sie mehr auch nur für einen Augenblick zu blenden. Sie wissen deren Sinn mit dem sicheren Instinkt des Proletariats, den man zum Hungern zwingt, zu deuten. Sie sprechen es darum ganz offen aus, daß diese „Eiserne“ nur ein Schutzschild für den Kapitalismus, die mit viel Lungenkraft von ihr ausgestoßene Fanfare nur eine Chamade, ein jämmerlicher Rückzug, ein aufgelegter Betrug an der arbeitenden Bevölkerung ist. Eiserne Front? Jawohl, sie ist notwendig. Sie hört aber sofort auf es zu sein, wenn sie nicht identisch ist mit der Klassenfront des Proletariats und wenn sie nicht allein und ausschließlich ausgerichtet ist gegen den Kapitalismus und auf dem Sozialismus. „Nur die Einheitsfront der klassenbewußten Arbeiterschaft kann uns vor dem vollständigen Untergang retten.“ Man kann sich ohne Phantasie die langen Gesichter vorstellen, mit denen man in den Hirsch-

Dunckerschen Gewerkschaftsbüros diese Resolution der Abteilung Bergarbeiter Duisburg-Beeck gelesen hat, wie man auch, ohne mit Prophetenblick begabt zu sein, voraussagen kann, daß es schon in naher Zeit noch viele lange Gesichter geben wird. Denn die Arbeiterschaft — das zeigt die obige Resolution und gibt ihr auch ihre eigentliche Bedeutung — lebt heute in einer Verfassung, die ihr unter Umständen sehr schnell den Weg zu den richtigen Konsequenzen weisen kann.

Vor allem aber sollten freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie — wenn sie überhaupt noch für Lehren zugänglich sind — aus dieser Resolution erkennen, daß in Deutschland die Stunde geschlagen hat, in der die stärkste Aktion das Gebot ist. Denn wenn schon Hirsch-Dunckerse Gewerkschafter der Langmütigkeit überdrüssig geworden sind und mutig die Fahne des Sozialismus entrollen — wie ungleich stärker müßte dieser Kampfwillen in den Reihen derer schlagen, die sich in ihrer Theorie stets als Feinde des Kapitalismus und Vorkämpfer des Sozialismus deklariert haben! Entscheidend aber ist dies: nur wer im Kampf um diese Ziele vorangeht, wird die Massen hinter sich vereinen. Wer die Rufe dagegen überhört, wer den Kampfwillen dämpft und lähmt, schaltet sich selber aus und gerät mit der Arbeiterklasse in einen Gegensatz, mehr noch, er läuft Gefahr, wider eigenen Willen, ihr Gegner zu werden. Die SPD ist längst auf diesem Wege. Ihr Schicksal allein schon müßte den freien Gewerkschaften Warnung genug sein.

### Eine Rede Imbuschs

Die Verstaatlichung der Bergwerke wurde von Imbusch, dem Vorsitzenden des christlichen Bergarbeiterverbandes, gelegentlich einer

Vertrauensmännerversammlung am Sonntag in Essen gefordert. Ferner übte er auch eine strenge Kritik an der 4. Notverordnung, bekannte aber im gleichen Atemzug, daß sie „einen großen Wurf“ darstelle. Das ist allerdings nicht abzustreiten. Diese Notverordnung ist ein „großer Wurf“, und zwar gegen die Arbeiterklasse und nicht zuletzt gegen die Bergarbeiter, deren Interesse Imbusch beruflich vertritt. Natürlich versäumte Imbusch auch nicht, in das jetzt allgemein ertönde Reparationsgeschrei einzustimmen: er forderte die Regierung emphatisch auf — als renne er damit nicht nur offene Türen ein, „den ehemaligen Feindstaaten klipp und klar zu erklären, daß Deutschland seinen Pflichten an Reparationen mehr zahlen werde“. Außerdem wandte sich Imbusch gegen Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerung und forderte statt dessen Arbeitszeitverkürzung, ohne indessen zu verraten, was die christlichen Arbeiter tun werden, wenn der christliche Reichskanzler Brüning und der ebenso christliche Reichsarbeitsminister Stegerwald die erhobenen Forderungen nicht erfüllen, worüber doch nach gerade kein Zweifel mehr zulässig ist.

Immerhin läßt sich aus der Rede Imbuschs, namentlich aus seiner Forderung nach Verstaatlichung des Bergbaus, heraushören, daß auch im Lager der christlichen Gewerkschaften eine große Gärung und Unzufriedenheit herrscht, die nur noch durch große Worte zu bändigen ist. Aber Worte, denen keine Taten folgen, verpuffen sehr schnell in ihrer Wirkung, und so mag es Imbusch wohl gelungen sein, die Mißmutigen wieder einmal einzulullen, ohne freilich den Mißmut selbst zu beseitigen. Eine energische Haltung der freien Gewerkschaften müßte es ihnen heute leicht machen, auch in diese bisher wohlbehütete Zentrumshürde einzubrechen. — Eine Frontänderung des ADGB wäre darum auch schon aus diesem Grunde geboten.

### Kabinettsrat zurückgetreten

Paris, 12. Januar.  
Das französische Kabinettsrat, das am Dienstagmittag zusammentrat, hat auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Laval beschlossen, dem Staatspräsidenten das Rücktrittsgesuch zu unterbreiten.

Im Anschluß an den Kabinettsrat, in dem das Rücktrittsgesuch des Ministeriums beschlossen wurde, ist folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht worden:

„Der Ministerpräsident hat das Kabinettsrat über die Lage unterrichtet und über die Absicht, von der er sich am Vorabend der großen internationalen Konferenzen leiten lasse, die Gesamtheit der Regierungsparteien zur Leitung der Staatsgeschäfte heranzuziehen. Der Kabinettsrat billigte einstimmig Lavals Entschluß und sicherte ihm volle Handlungsfreiheit zu. Sämtliche Minister und Unterstaatssekretäre stellten dem Ministerpräsidenten ihre Portefeuilles zur Verfügung.“

Vor dem Kabinettsrat hatte Laval eine Unterredung mit Briand, über die Laval folgende Erklärung abgab:

„Ich hatte eine sehr freundschaftliche Aus-

sprache mit Briand. Wir sind in allen Fragen einig gewesen. Ein Kabinettsrat tritt in einer halben Stunde zusammen.“

Es ist bisher nicht bekannt geworden, wie Briands Antwort gelaute hat und in welchem Sinne die Erklärung Lavals zu deuten ist.

### Erwartungsgemäß

Keine Einberufung des Reichstages

Berlin, 12. Januar.

Die von den Kommunisten beantragte vorzeitige Einberufung des Reichstages wurde heute mittag vom Aeltestenrat erneut abgelehnt, da nur die Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen dafür eintraten.

### Arbeiterentlassungen bei Klöckner

Die Klöckner-Werke, Abteilung Mannadaet-Werke in Troisdorf, haben wegen Auftragsmangels 170 Arbeiter die Kündigung zugesagt. Die Entlassung wird am Donnerstag erfolgen. Außerdem hat das Werk einen weiteren Stilllegungsantrag gestellt, nach dessen Genehmigung im Laufe der kommenden Woche weitere 200 Arbeiter zur Entlassung kommen sollen.

### Noske führt Krieg

† Berlin, 12. Januar.

Es liegt Kriegstimmung in der Luft. Da darf einer nicht fehlen. Der Herr Oberpräsident Noske natürlich! In voller Kriegsbemalung tritt der Revolutionskiller auf in der ... B. Z. am Mittag. Ein Kapitel für sich, zu dem das Reichwehrministerium die Anmerkungen liefern könnte.

Zuerst führt Herr Noske Krieg gegen die Fremdwörter, denn „für uns Deutsche haben sie oft nichts Gutes bedeutet“. Nun, der Krieg könnte harmlos sein. Fremdwörter, mag der Oberpräsident denken, sind Glückssache; in dieser Beziehung überschätzt er sich vielleicht selbst nicht. Aber weniger harmlos wird es, wenn er an die Verdeutschung geht. Herr Noske spricht ein Deutsch, das er von Adolf Hitler gelernt hat, soweit nicht natürliche Begabung jede nationalsozialistische Lehrzeit überflüssig gemacht hat. Reparation, sagt Herr Noske, das klingt schwach, aber „Kriegsbeute, die unserem Volke von den Siegern abgepreßt worden ist“, das läßt die Herzen höher schlagen! „Ziel erkannt“ — das ist was für das deutsche Heldengemüt. Wo liegt es? Den Finger drauf! Frankreich ist's, das räuberische, „das Deutschlands Vermögen in sich aufgesogen hat“. So klingt das Noske-Deutsch!

Doch es gibt ja noch ein schlimmeres Fremdwort, das der Noske an die Spitze seines Brandartikels setzt: Investigation. Erst hat er sich darunter „nichts Rechtes vorzustellen vermocht“ (als ob er überhaupt sich je was Rechtes vorzustellen vermocht hätte!), aber dann, ha, da hat er es erkannt. Investigation — das wäre die Möglichkeit, den Rüstungsstand Deutschlands durch den Völkerbund untersuchen zu lassen. Zwar ist die Zeitungsente längst erledigt, aber dem patriotischen Reiter über den Bodensee der deutschen „Belange“ wird es hinterher noch heiß und kalt. Der Schaum steht ihm vor'm Mund. Das dem harmlosen entwaffneten Deutschland zu bieten!

„Mit Recht erschlagen wie ein rüddiger Hund würde der deutsche Staatsmann, der sich mit einer neuen Untersuchung der deutschen Rüstungen abfinden wollte.“

„Es gibt nichts zu untersuchen! Es gibt auch nichts zu verbergen!“ sagt der Noske.

„Noch weiß ich etwas vom deutschen Wehrwesen und sage mit einem derben Wort: es ist dümmster Quatsch, wenn nicht verbrecherische Verleumdung, von heimlichen deutschen Rüstungen zu reden.“

„Es gibt nichts zu verbergen?“ Ei, warum denn da die Landesverratsprozesse? Ei, warum ist denn da die Durchleuchtung des Rüstungsstandes, der „vor aller Welt klar im Etat des Reiches liegt“, ein Verbrechen, das unter das Spionagegesetz fällt? Nun, wir werden die Antwort schuldig bleiben, aus begreiflichen Gründen. Und Herr Noske auch. Was kümmert's ihn? Wir haben ja nicht einmal ausgeschöpft, „was nach Versailles uns an Rüstungsmöglichkeiten blieb.“ Wir brauchen Panzerkreuzer, immer noch Panzerkreuzer. Denn: „Das gilt besonders für die kleine Marine, die uns blieb“. Noske hat Ehrgeiz. Er will den Balkenbieger Tirpitz ersetzen, als der ganz große Patriot in die deutsche Heldengeschichte eingehen. Daß er die deutsche Revolution blutig abgewürgt hat, es genügt ihm nicht. Vielleicht könnte die rote Farbe doch verblassen. „Ausbruch von













